

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt WkK

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtagen und Montags einmal. Abonnement...

Redaktion: Berlin, Wilhelmstr. 18. Druck: Berlin, Wilhelmstr. 18.

Oberschlesien: Schiedspruch des Völkerverbundes.

Eine Resolution des Obersten Rates zur Grenzfestsetzung. - „Sehr dringendes Verlangen.“ - Zusammentritt des Völkerverbundes vor dem 25. August?

Paris, 12. August.

Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Vermittlungssitzung folgende Resolution angenommen:
„Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 36 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwereitzung, die bei der Festsetzung dieser Grenze entstanden sind, dem Völkerverbundsrat zu unterbreiten.“

In der Frage der Abgrenzung der Kriegsschadensgebiete hat der Oberste Rat ebenfalls beschlossen, die Justizbehörden der verschiedenen beteiligten Länder zu ersuchen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beigewohnt haben, Vorschläge über die einzunehmende Haltung machen.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittag 11 Uhr festgesetzt. Tagesordnung: Frage der Sanktionen.

Paris, 12. August.

Sabas meldet inoffiziell: Der Oberste Rat hat entschieden, die obereschlesische Frage dem Völkerverbundsrat zur Begutachtung zu überweisen, indem er erklärt, daß er die Entscheidungen dieser Organisation zu den seinigen machen werde. Man hat sich also offiziell auf einen Schiedspruch geeinigt. Die alliierten juristischen Sachverständigen beschließen sich jetzt damit, die Formel zu finden, die in Übereinstimmung mit dem Völkerverbundsstatut ein derartiges Verlangen gestattet. Es ist wahrscheinlich, daß Verkündigungen nach Oberschlesien entsandt werden. Der Vertreter der Vereinigten Staaten beim Obersten Rat hat erklärt, es scheint ihm immer mehr, daß die Frage einen rein europäischen Charakter habe. Er hat sich an der Debatte nicht weiter beteiligt.

Der ratlose Rat.

Zum Pariser Verlegenheitsbeschluss.

Die Überweisung der obereschlesischen Frage an den Völkerverbundsrat - nicht an die Vollversammlung des Völkerverbundes, wie ein Abendblatt irreführend meldete - ist nicht richtig. Die Beschlüsse des Völkerverbundes sind nicht an die Vollversammlung zu übertragen. Die Beschlüsse des Völkerverbundes sind nicht an die Vollversammlung zu übertragen. Die Beschlüsse des Völkerverbundes sind nicht an die Vollversammlung zu übertragen.

Sabas meldet, daß die Verweigerung auf britischen Wunsch hin erfolgte, der von Japan und Italien unterstützt worden ist. Man wird das Völkerverbundsstatut von Verfall erklären, nicht als Mittel der Gerechtigkeit.

Im ganzen erhebt wiederum das Angelegenheit aller auf den Imperialismus aufgebauten Politik. Es bleibt die Wahrheit unerschütterlich, daß eine wirtschaftliche Verbindung der zivilisierten Welt nur durch den freien Verkehr der Waren und den freien Verkehr der Kapitalien möglich ist.

Was das Datum der Sitzung des Völkerverbundes betrifft, so sollte der Völkerverbundsrat programmatisch am 25. August zu dementsprechenden. Da jedoch der Oberste Rat bei der Überweisung der obereschlesischen Frage an den Völkerverbundsrat auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hinwies, ist zu erwarten, daß sich der Völkerverbundsrat noch vor dem 25. August zu einer Sonder Sitzung über die obereschlesische Frage versammeln wird.

Lloyd Georges Abschiedsrede.

Frankreich steht allein.

Paris, 12. August. (W. Z. B.)

In der Sitzung des Obersten Rates, in der heute vormittag die Überweisung der obereschlesischen Frage an den Völkerverbundsrat beschlossen wurde, ist noch nachzutragen, daß Lloyd George zu Beginn der Sitzung, nachdem Briand als Vorsitzender diesen Vorschlag eingebracht hatte, erklärte: Die englische Regierung ist mit dem Beschlusse einverstanden, welchen oben hätten die englischen und italienischen Sachverständigen anerkannt, daß hierin die beste Lösung liege, dem Streit ein Ende zu machen. Aber es handelte sich nicht um eine Vermittlungsbefugnis, wie in England und Frankreich die italienische Sachverständigen und auch der japanische Delegierte seien derselben Ansicht wie die englischen Sachverständigen. Damit sei keine Kritik an der Haltung Frankreichs und seiner Sachverständigen ausgesprochen, es müßte aber mit Nachdruck betont werden, daß Frankreich allein die englischen Sachverständigen nach sorgfältiger Prüfung der englischen Auffassung beigesteuert. Wenn der Völkerverbundsrat entscheiden habe, sei auch Italien bereit, nach Obereschlesien Truppenverpflichtungen zu entlassen.

Die erklärte der japanische Delegierte, daß die zentralen Anstaltsbestände Deutschlands zur Verfügung des Völkerverbundes zu überweisen. Schließlich erklärte der amerikanische Delegierte, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an der Ansicht gewesen seien, daß die obereschlesische Frage eine rein europäische sei. Wenn die Frage dem Völkerverbunde überwiegen werde, dem Amerika nicht angehöre, glaube er im Sinne seiner Regierung sagen zu können, daß die Vereinigten Staaten an dem Beschlusse nicht beteiligt seien.

Darauf folgte Briand vor, Deutschland und Polen durch den Obersten Rat zur Selbstregulierung der Ordnung zu mahnen, bis die Entscheidung gefallen sei. Der Oberste Rat beschloß, daß die internationalen Kommissare sofort nach Duppeln zurückzukehren sollen. Lloyd George drückte noch die Ansicht aus, daß die Kommissare sich unbedingt unparteiisch zu verhalten hätten.

Darauf hat der Oberste Rat in die Behandlung der Kriegsschadensgebiete eingetreten.

Lloyd Georges Abreise.

Paris, 12. August.

Lloyd George hat den Quai d'Orsay um 11 1/2 Uhr verlassen und ist vom Nordbahnhof um 12 Uhr abgereist.

Die Stimmung in Polen.

Aus der polnischen Hauptstadt.

Warschau, Sonntag August. (C. G. J.)

Blickt sich in Polen ein Umsturz? Diese Frage haben neuerdings ausländische Besucher Warschaus verächtlich aufgeworfen, und es hat sich daran eine allgemeine Diskussion geknüpft. Mit Bestimmtheit verneint die polnische Presse die polnische Hauptstadt angeht und vom Staatschef bis hinab zur Vielzahl der Kollegen von der Presse zahlreiche Auskünfte darüber eingeholt hatte: was zeigt das politische Barometer? Er meint den Bescheid erhalten zu haben, und ihn befähigt weiterzugeben zu können: es deutet auf ruhigeres Wetter. Sol er recht gelassen, recht gelassen, recht gelassen! Er hat auf denjenigen Punkt, der der polnischen Hauptstadt im Auge hatte, nämlich das Verhältnis Polens zu Deutschland, im Zusammenhang mit der obereschlesischen Frage eingehen, seien zwei andere Gebiete kurz berührt, für die die Frage nach einer eventuellen Neuentscheidung in Polen auch aufgeworfen werden könnten: der Lage des Staates im Innern und die feiner auswärtigen Beziehungen im allgemeinen.

Was nun zunächst die innere Lage Polens und deren Beurteilung durch Presse, Parlament, Wirtschaftskreise und weitere Öffentlichkeit selber angeht, so läßt sich sagen, jeder Kassenkammer ist es. Schon seit langem hat es natürlich nicht an Stimmen der Kritik gefehlt, es wurden, zumal von den jeweils nicht am Ruder befindlichen Kreisen, die finanzielle Defizitwirtschaft, die Korruption des Beamtenstandes, der Milliarden verhängende Moloch des Militärbudgets scharf beleuchtet und getadelt. Wenn man seit Jahr und Tag dieses Auf und Ab der „Ministerkritik“ beobachtet hat, verkennt man nicht, wie sehr diese Töne der Selbstanklage an Ehrfurcht, an Allgemeinheit, an Wiederhall zugenommen haben. Der letzte große Valutasturz Ende Juni und die Generalüberprüfung über die Staatswirtschaftsfrage, die das lebende, Ende Juli, vorgelegte Budget bot, haben die Polensstimmung gewirkt. Eigentlich jeder ernsthaft nachdenkender Politiker und Geschäftsmann in Polen sieht kein Vaterland am Scheitern, an dem ein Wegweiser die Aufschrift trägt: Entwicklung ins Sozialistische. Und auf diesem fortgeschrittenen Wege dem Untergang entgegen! Vestigia terrent.

Eine entscheidende Ernüchterung hat auch bei allen Spannen hinsichtlich Polens in außenpolitischer Lage Platz gegriffen. Trotz aller Ministerwechsel und Abordnungsfahrten sieht sich Polen im Grunde genommen immer noch auf dem gleichen Punkte, auf dem es sich vor Jahresfrist befand, als die bolschewistische Gefahr ihm seine völlige Isolierung ersprechend klar machte. Damals war Frankreich der Helfer in der Not, und auch heute ist Frankreich der einzige Anker, der Polens Schiffe im internationalen Ozean noch hält. Selbst die Genossen Polens in seiner Eigenschaft als Aufzuchtland und teilweise Erde des zarischen Rußland, die baltischen Kleinstaatchen beschränken sich auf „verbindliche Unverbindlichkeiten“ den polnischen Nachbarn gegenüber, der seine Rückkehr in die gesellschaftliche Arena damit begann, sich Vitruvius Todesblöße zu verdienen und Lettlands Mißtrauen stets wahr erhält. Nur die Beziehungen zu Rumänien und zur Tschechoslowakei bleiben ständige Lichtblicke, bei näher Betrachtung aber vornehmlich für die Genossen. Denn der Haß mit Rumänien bedeutet die Verpflichtung für Polen, notigenfalls Übergraben verteidigen zu helfen, die sogenannte politisch-diplomatische Annäherung zielt dahin, daß Polen seinen Protest gegen den Verlust Teilens an die Tische aufhebe und dem baltischen Import seine Tore öffne. Unter den Großmächten aber, so schrieb dieser Tage der unter dem Pseudonym „Diplomat“ sich verbergende ehemalige Interferenzminister Zambrowski in der „Bykosopolita“, haben mit dem Wort an Sympathien, den wir befehlen, bis aufs letzte aufbraucht.

Dies sind also die Voraussetzungen für die Stimmungsumschwung, den der holländische Journalist in Warschau gegenüber dem deutschen Nachbarn feststellen zu können meinte. Es ist das Gefühl, des völligen Wiberfolgs, des „Nichts“ in der „Bykosopolita“, haben mit dem Wort an Sympathien, den wir befehlen, bis aufs letzte aufbraucht.

Nur der tiefe Fall, den Polen erlebt hat, bindet gegenwärtig die Hände der Sozialdemokratie, nicht nur wegen die Namen seiner Sejm-Deputierten, erlaubt einem benennenden Manne, wie dem Außenminister Estermann, sein Programm des Abbaus der Feindseligkeiten wenigstens deklaratorisch